

Deutschland.

Berlin, 28. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Steuer-Einnehmer Förstermann zu Hannover den Rothen Adler-Orden 4. Klasse; dem Hofzimmermeister Pardow zu Berlin den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse; den Schullehrer Tiel zu Hülshausen, im Kreise Altena, und Klingenberg zu Jäten, im Kreise Essen, den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Schullehrer und Organisten Heinrich zu Schreienborn, im Kreise Strehlen, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Hofschriftführer Schöneburg von der Unteroffizierschule zu Weihenfeld die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem die Geschäfte des Kur- und Bade-Polizei-Commissarius zu Ems versehenen Lieutenant a. D. und Kammerjunker v. Lepel-Guth und dem Ober-Juristenmeister Freiherrn von der Red zu Siegen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien resp. des Ritterkreuzes 1. Klasse des großherzoglich sächsischen Haus-Ordens vom weißen Falken und des Ehrenkreuzes 2. Klasse des sächsisch-lippischen Gemeinschaftsordens erteilt.

Se. Majestät der Kaiser und König haben gestern Nachmittag um 1 Uhr in Allerhöchstem Hofpalais dem großherzoglich medlenburgischen Geheimen Legations-Rath v. Prohl eine Privat-Audienz erteilt und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Medlenburg-Schwerin und ein Schreiben Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Medlenburg-Strelitz entgegengenommen, wodurch derselbe in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei Allerhöchstdenselben beglaubigt wird. Als Vertreter des auswärtigen Amtes war der Staats-Sekretär v. Bülow bei der Audienz zugegen.

Se. Majestät der König hat den Pfarrer Otto Brauns in Osterwerda zum Superintendenten der Diocese Osterwerda, Regierungsbezirk Merseburg; den Oberpfarrer Johann Martin Gottfried Ludwig Busch in Quedlinburg zum Superintendenten der Diocese Quedlinburg, Regierungsbezirk Magdeburg; den Oberpfarrer Albert Hermann Busch in Weissenfeld zum Superintendenten der Diocese Weissenfeld, Regierungsbezirk Erfurt; den Pfarrer Lic. theol. Franz Theodor Förster in Groß-Jena zum Superintendenten der Diocese Naumburg, Regierungsbezirk Merseburg; den Oberpfarrer Friedrich Heinrich Kromphardt in Sangerhausen zum Superintendenten der Diocese Sangerhausen, Regierungsbezirk Merseburg und den Pfarrer und Probst Anton Albert Schmidt in Jüssen zum Superintendenten der Diocese Jüssen, Regierungsbezirk Merseburg, ernannt; dem Kreis-Wundarzt des Kreises Seidenkirchen, Dr. Richard Janzinius in Seidenkirchen, den Charakter als Sanitätsrath; sowie dem Gerichts-Kassens-Rendanten Heß zu Graudenz in seiner Vererbung in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath verliehen; und der Wahl des Real-Schul-Directors Dr. Steinbart in Ratibitz zum Director der Realschule in Duisburg die Allerhöchste Befestigung erteilt.

Das dem Vergräthe Julius von Sparre zu Oberhausen unter dem 9. October 1872 auf die Dauer von drei Jahren für den Umfang des preussischen Staats erteilte Patent auf einen Freisall-Seilbohrer, ist um zwei Jahre verlängert worden. — Dem Berg-Ingenieur Eduard Rosentanz in Dortmund und dem Ingenieur Theodor Jellinghaus in Camen ist unter dem 25. August 1875 ein Patent auf eine Seilwindenmaschine auf drei Jahre erteilt worden. — Dem Lampenfabrikanten François Casajus zu Willemsen am Lot (Frankreich) ist unter dem 25. August 1875 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Abrauben der Bäume auf drei Jahre erteilt worden. — Das dem Ingenieur und Maschinenmeister der königlichen bairischen Staatsbahn, Wolfgang Schmid zu München und dem Maschinenmeister der K. K. Kronprinz-Rudolphs-Bahn, Christian Hopf zu Kitzbühel in Oesterreich, unter dem 28. März 1874 erteilte Patent auf eine Vorrichtung zum Anspannen von Kuppelungen an Eisenbahnwagen ist aufgehoben.

Berlin, 28. Aug. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben heute den General-Lieutenant von Pape und den General-Major von Böhm mit Einladungen zur Tafel beehrt. (Reichsanz.)

D. R. C. [Aus konservativen Kreisen.] In den letzten Tagen machte eine Notiz durch die Zeitungen die Runde, nach welcher es in der Absicht einer Anzahl von konservativen Männern, die sich von der Kreuzzeitungspartei abgeordnet haben, liegen soll, zum Herbst eine neue Zeitung hier zu begründen. Wir sind im Stande, diese Nachricht als unrichtig zu bezeichnen. Der Plan, auf welchen diese Notiz Bezug haben könnte, ist schon längst wieder aufgegeben worden, da man sich von vornherein sagte, daß, wenn schon im Allgemeinen die gegenwärtige Zeit zur Gründung von Zeitungen durchaus nicht geeignet ist, dies für Organe der konservativen Organe ganz besonders gilt. Hervorragende Männer der hier in Rede stehenden Partei, welche etwa auf dem Standpunkt der Neuconservativen stehen, haben allerdings vor Kurzem hier Beratung über die Mittel und Wege zur Consolidierung dieser Partei gepflogen; allein zu definitiven Beschlüssen ist man, wie wir hören, hierbei noch nicht gelangt. Man wird sich vorläufig wohl damit begnügen — wenigstens soll dies die Ansicht der Mehrheit dieser an den Beratungen Theil nehmenden Herren gewesen sein — zunächst nur einen Weg ausfindig zu machen, durch welchen eine Verständigung zwischen den Mitgliedern der Partei herbeigeführt werden kann. Erst wenn die Wahlen wiederum in den Vordergrund treten, denkt man in hervorragender Weise agitatorisch in Thätigkeit zu treten. Wenn in derselben Notiz aber noch gesagt wird, daß der Geh. Ober-Regierungsrath Wagener die leitende Person in dieser Partei sei, und daß von ihm der Plan der Begründung der Zeitung betrieben würde, so ist das eine vollständige Verkennung der Verhältnisse, denn eines Theils steht Geheim Rath Wagener auf einem ganz andern politischen Standpunkt als jene Parteimänner, andern Theils aber hat auch Herr Wagener bereits Berlin verlassen und sich auf sein Gut zurückgezogen, um allem politischen Treiben fern zu bleiben.

D. R. C. [Außer dem Prinzen Leopold von Baiern,] welcher bereits am Montag Mittag hier eintreffen wird, und dem Prinzen Arthur von Großbritannien werden, wie es heißt, noch mehrere andere Fürstlichkeiten zur Beibehaltung der Truppenübungen hier erwartet. Man spricht in militärischen Kreisen davon, daß König Albert von Sachsen sein Erscheinen bei den Manövern angekündigt habe, und außerdem sollen noch einige Angehörige der hüringischen Fürstenthümer demnächst hier erwartet werden. Im Militär-Cabinet des Königs werden alle Vorkehrungen getroffen, um während des Königsmanövers in Schlesien für die in unmittelbarer Nähe des Königs befindlichen Gäste auch geeignetes Unterkommen zu haben.

[In der Disciplinatsache des Superintendenten Meinholtz] zu Kammin (wegen seiner Beteiligung an der bekannten Gnabauer Erklärung hinsichtlich der Wiederertragsfrage) ist dem Vernehmen nach das auf Enthebung von der Superintendenten lautende Erkenntnis des Stettiner Consistoriums von dem Evangelischen Ober-Bischöflichen bestätigt worden.

[Münz-Prägungen.] In den deutschen Münzkassen sind bis zum 14. Aug. 1875 geprägt: an Goldmünzen: 888,947,380 Mark Doppelkronen, 330,450 Mark Kronen; an Silbermünzen: 22,348,630 Mark 5-Markstücke, 295,042 Mark 1-Markstücke, 17,347,513 Mark 40 Pf. 20-Pfennigstücke,

an Nickelmünzen 8,877,114 Mark 30 Pf. 10-Pfennigstücke, 4,505,466 Mark 40 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 3,539,256 Mark 28 Pf. 2-Pfennigstücke, 1,781,662 Mark — Pf. 1-Pfennigstücke. Gesamtausprägung: an Goldmünzen: 1,154,277,830 Mark; an Silbermünzen: 122,591,180 Mark 40 Pf.; an Nickelmünzen: 13,382,580 Mark 70 Pf.; an Kupfermünzen: 5,320,918 Mark 28 Pf.

Posen, 29. August. [Ein Domherr heirathet.] Im Standesamte in Mogilno ist nach dem „Dziennik Poyanski“ seit dem 26. d. M. folgende Anzeige ausgehängt: „Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Schulinpector Josephat Silvester Sujczyński, wohnhaft zu Mogilno, Sohn des bereits verstorbenen Land- und Stadtgerichts-Secretärs u. des Fräulein Anna Rosalie v. Gajewska, Tochter des Gutsadministrators von Gajewski in Rendorz, Kreis Schubin, eine Ehe miteinander eingehen wollen.“ Der Schulinpector Josephat Silvester Sujczyński in Mogilno ist aber kein anderer, als der Domherr und Probst von Mogilno, der zugleich Decan des Zinner Decanats ist. Herr Sujczyński soll jedoch, bevor er der Kirche, welche einen verheiratheten Priester nicht kennt, entsagt hat, seine kirchlichen Würden und Titel niedergelegt haben. Herr Sujczyński hat übrigens Mogilno schon im Juli verlassen und Niemand weiß mit Gewißheit, wohin er gereist ist. Man meint, daß er nach Danzig oder Königsberg gefahren ist und sich dort um die Stelle eines Kreis-Schulinpectors bewirbt. Es ist dies seit langer Zeit der erste Fall, daß ein katholischer Geistlicher polnischer Nationalität der Kirche in dieser Weise den Rücken kehrt, wir sind jedoch überzeugt, daß Herr Sujczyński Nachfolger finden wird. Herr Sujczyński hat übrigens, wie wir aus guter Quelle erfahren, seine jetzige Braut auf seine Kosten in einer Pensionsanstalt in Dresden erziehen lassen.

Kiel, 28. August. [Marine.] Nach den getroffenen Dispositionen verläßt das deutsche Panzergeschwader nach Beendigung seiner Uebungen Zoppot am 10. September, trifft am 13. September in Kiel ein, um Kohlen einzunehmen und begiebt sich von hier aus nach Warnemünde, wo die Parade vor Sr. Majestät dem Kaiser stattfinden wird. Die Corvette „Vineta“ ist zur Ablösung der Corvette „Arcona“ bestimmt und geht Ende nächsten Monats von hier nach Asien. Die Brigg „Undine“ ist heute von Plymouth nach hier abgegangen, wo um die Mitte künftigen Monats eine Inspection durch den Chef der Admiralität, General v. Stosch, stattfinden wird.

München, 27. Aug. [XII. deutscher Juristentag.] Die III. Abtheilung beschäftigte sich heute mit der Frage des Zeugniszwanges. Die Tagesordnung stellt die Frage in folgender Form: Soll die Zeugnispflicht in Kriminalfällen so lange nicht anerkannt werden, bis die Untersuchung die Richtung gegen eine bestimmte Person genommen hat? — Die bereits erwähnte Jurisprudenz vom Bureau des deutschen Juristentages hat veranlaßt, daß man in der Verabreichung dieser Angelegenheit auch die Frage des Zeugniszwanges bei Freiheitsbegriffen hineinzieht. Der Referent, Hof- und Gerichts-Advocat Dr. Jaques, wies zunächst einen Rückblick auf die Geschichte dieser Streitfrage, die bereits bei dem fünften Juristentage eingehend erörtert und mit großer Mehrheit dahin entschieden wurde, daß die in der Tagesordnung gestellte Frage zu verneinen sei. Ohne Zeugniszwang würde die Durchführung der Strafsatzung unmöglich sein. Allerdings gebe es eine Menge ethischer Motive, welche zur Zeugnisverweigerung berechtigen; der Staat habe deshalb auch nicht das Recht der excoctio ad faciendum, das Recht, das Zeugnis zu erzwingen, er dürfe bloß das Delict der Zeugnisverweigerung mit mäßigen Gefängnis- oder Geldstrafen abhaken. Die Sache gehöre deshalb auch in das Strafrecht und nicht in die Proceß-Ordnung und es sei unbegründet, daß der Reichstag, der doch in § 138 des Reichs-Staats-Gesetzes so nahe an der Materie vorbeigefahren sei, die Frage nicht erörtert habe. Die Verhandlungen des Juristentages würden vielleicht veranlassen, daß man bei Revision des Strafgesetzes darauf zurückkomme. — Eine andere Frage sei die Stellung der Presse zum Zeugniszwang. Aus dem Wortlaut der §§ 20 und 21 des R.-Pr. G. und den bezüglichen Verhandlungen des Reichstages gehe zweifellos die Absicht hervor, die Anonymität der Presse zu wahren und die Verantwortlichkeit auf eine bestimmte Person zu beschränken. Die Befreiung des Verlegers, Druckers und Verbreiters vom Zeugniszwang sei in § 24 des Preßgesetzes ausdrücklich ausgesprochen gewesen; der § sei aber im Reichstag gefallen. In der Justizcommission sei das Prinzip des § 24 auf Antrag des Abgeordneten Marquardsen als § 43 in der Strafproceßordnung aufgenommen worden. — Nur wenn der Redacteur den Beweis liefere, daß die strafbaren Artikel ohne sein Wissen aufgenommen wurden, hat der Staat weiter nach dem Thäter zu suchen, wird aber der Excoctio-Beweis geliefert, so ist der Redacteur Thäter und Niemand hat nach Weiterem zu forschen. So lange § 20 gilt, kann von einer Zeugnispflicht des Redactors vernünftigerweise nicht die Rede sein. Aber auch die Zeugnispflicht der andern bei der Redaction und Herausgabe einer Zeitung beteiligten Personen sei ausgeschlossen, weil sie am Resultat der Untersuchung betheiligt seien. Redner erinnert an einen Ausspruch Waldecks 1862 im preussischen Abgeordnetenhaus: „Wo eventuelle Thäterschaft oder Fahrlässigkeitstrafen im Spiel sind, kann von Zeugnispflicht keine Rede sein.“ — Was das Verlangen des Journalistengesetzes anbelangt, der Juristentag möge sich dem Beschlusse desselben anschließen, so glaube er, daß dies den Traditionen des Juristentages nicht entsprechen würde, der sich nie mit Anträgen oder Voten an die Regierung gewandt, sondern sich stets darauf beschränkt hat, wissenschaftliche Aussprüche zu thun. (Bravo.) Referent bringt hierauf die bereits mitgetheilte Resolution in Vorschlag. Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden Schwabe und dem Referenten über die Formulierung der Resolution, ergriß das Wort Hr. Statthalter Dr. Rubo-Berlin, um insbesondere den ersten Satz der vom Referenten vorgelegten Resolution auf das Entschiedenste zu bekämpfen. Die Befreiung von der Zeugnispflicht, ehe die Untersuchung die Richtung gegen eine bestimmte Person genommen hat, solle nicht eine Ausnahme zu Gunsten der Presse, sondern eine allgemeine Regel sein; die Annahme des ersten Satzes bedinge die Verwerfung der folgenden. Er stelle daher den Antrag, die Abtheilung möge ausprechen: Die allgemeine Zeugnispflicht in Criminalfällen wird auch dann verworfen, wenn die Untersuchung die Richtung gegen eine bestimmte Person noch nicht genommen hat. — Herr Oberstaatsanwalt Laub-Halberstadt tritt dem Antrag Rubo entgegen und beruft sich insbesondere auf die Beschlüsse des fünften Juristentages. Ohne Zeugniszwang sei eine Untersuchung gar nicht durchführbar; in Disciplinatsachen sei dieselbe ebenfalls notwendig. Ueber den Zeugniszwang in Preßangelegenheiten will der Redner keine Ansicht äußern. — Vorwärtiger Schwabe macht Mittheilungen aus den Verhandlungen der Preßgesetzcommission, insbesondere über die Entstehung der Fahrlässigkeitstrafen; ferner aus der Justizcommission, welche einen demjenigen Rubos conformen Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt habe, weil sonst die Criminaljustiz brach gelegt würde. — Herr Geh. Rath v. Kunowsky-Stettin spricht ebenfalls gegen den Antrag Rubo und sagt u. A.: ohne Zeugniszwang befände sich das Untersuchungsgericht in der Lage jenes Handwerksburschen, der vom Eintritt in eine Stadt abgelehnt wurde, weil Niemand eintreten dürfe, dessen Papiere nicht auf dem in der Mitte der Stadt gelegenen Rathhause geprüft worden seien. — Ein Antrag auf Schluss der Discussion über den ersten Satz des Antrages Jaques wird angenommen. — Hierauf ergriß Dr. Gordan aus Frankfurt a. M., der sich als Mitglied der dortigen Staatsanwaltschaft vorstellte und sogleich in der erregtesten und leidenschaftlichsten Weise den § 20 des Strafgesetzes zu kritisiren begann. Er könne nicht begreifen, wie man den derautothischen Redacteur als Thäter bestrafen könne, das gewähre dem Beleidigten keine Genugthuung. Redner erging sich in steigender Erregung in Angriff gegen die „Frankf. Ztg.“ und ihren Geraer Correspondenten und versetzte sich sogar zu der gegen die ganze Presse gerichteten Insulte, es sei deren Beruf, für Befriedigung der Scandalhucht des Publicums zu sorgen, was lebhafteste Mißfallsbezeugungen hervorrief. Und als der Redner geendigt hatte und eine einzelne Stimme Bravo rief, wurde mit Jischen geantwortet. Nachdem noch Dr. Abt. Meyer-Berlin in einer geistvollen Rede dargelegt, daß oftmals der Schreiber und Einfender eines Artikels nicht dessen Verfasser sei, daß die Proceßur behufs Erforschung des Thäters nicht zum Ziele führe und daß juristisch der Verfasser der Redaction sein müsse, nachdem ferner Rechtsanwalt Frankfurter unter Beifall das hereinziehen politischer Streitpunkte durch Dr. Gordan als ungeeignet bezeichnet und sich gegen den Zeugniszwang ausgesprochen hatte, gelangte der Referent zum Schlußwort, worauf dessen Anträge mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen wurden. — Den zweiten Theil der Tagesordnung bildete die Frage: „Kann die Privatklage im weiteren Umfange als für Beleidigungen in das deutsche Strafverfahren eingeführt werden?“ Professor Dr. Gneist hatte an Stelle des durch Krankheit verhinderten Rechtsanwalts Stenglein (München) das Referat übernommen. Der Redner gab eine rechtsgeschichtliche Darstellung, wie in Deutschland das Anlagemonopol des Staates allmählich entstanden sei, und bezeichnete dasselbe als ein fremdes Element in unser öffentliches Recht. Die Frage, wer die Anklage erheben könne, sei eine eminent staatsrechtliche. Was bedeute die Handhabe des Strafrechts, wenn es in den Händen der ministeriellen Beamten liege, in dem einen Falle die Anklage zu erheben, in dem anderen nicht? Dieser Zustand finde keine Rechtfertigung im alten deutschen Rechte. Er sei herborgegangen aus dem zur Zeit der französischen Revolution aufgetauchten Schlagwort von der „Selbstständigkeit der Administration“, wodurch unsere alten deutschen Verhältnisse förmlich aus den Angeln gehoben worden seien. In dem Entwurf des Bundesraths sei die staatsrechtliche Seite der Frage völlig ignoriert. Die öffentliche Anklage müsse eine Ergänzung finden, damit das Einschreiten der Gerichte auch ohne Einmischung der Regierung möglich sei, eventuell, um diese selbst in den gefährlichen Schranken zu halten und die Aufrechterhaltung und Durchführung des Verwaltungs- und Verfassungsrechts auch den Ministern gegenüber zu erzwingen. Zu diesem Behufe müsse entweder dem Staatsanwalt eine richterliche Stellung eingeräumt oder für die öffentliche Anklage Elemente ergänzt werden, die von den Ministern unabhängig seien. Aber wie sei eine richterliche Stellung der Staatsanwälte herzustellen? Man habe vorgeschlagen, ihnen eine größere Unabhängigkeit zu gewähren und sie zu Criminalcollegien zu vereinigen, die parallel den Gerichten seien. Aber auch das sei nicht dem Zweck entsprechend. Der richterliche Geist ströme nicht aus der äußeren Formation, sondern aus dem innern Bewußtsein der Unabhängigkeit bei der Rechtsprechung. Man würde mit einer derartigen Einrichtung in den alten Inquisitionenproceß zurückfallen, wozu allerdings einige Beschlüsse der Reichsjustizcommission neigten. Referent meint, man müsse eben verfahren, wie es in Deutschland schon vor Jahrhunderten geschehen, und die Anklage unabhängigen Personen überlassen, d. h. jedem, der die Pflicht in sich fühle oder eine Interesse daran habe, die Anklage zu erheben. Der Privatmann nehme damit Theil an der Uebung einer öffentlichen Function und erwerbe sich ein Verdienst, wenn er die Verantwortlichkeit, die Wägen und Kosten der Anklage selbst gegen einen mächtigen Uebertreter der Gesetze übernehme, das Recht der Privatklage im Strafrecht dürfe also nicht auf Vermögens- und Körperverletzungen beschränkt bleiben. Während nun die einen gegen die Privatanklage einwenden, daß sie von Niemand erhoben werden würde, sagen andere, sie sei gefährlich, weil jeder sie erhebe und sie also oft grundlos werde erhoben werden. Aber, meint der Referent, weil dieser Widerspruch so diametral sei, würde er sich im praktischen Leben paralysiren. Unter normalen Staatszuständen würde eine Privatanklage in öffentlichen Dingen sicherlich selten erhoben werden, wohl aber in Zeiten von Verfassungskonflikten. Die Privatanklage sei das wirksamste Hinderniß und Gegengewicht gegen die Versuchung der Verfassungsverletzung. Auch die juristische Ministeranklage könne lange unterbleiben, aber sie würde schließlich jeden Tag und jede Stunde. Die Gefahr des Mißbrauchs zur Erpreßung und zur Einschüchterung eines treuen Beamten sei immer da, aber dagegen schütze der Prozeßgang, wonach erst die Voruntersuchung eingeleitet und dann die Anklage erhoben werden müsse, und auch dagegen ließe der Einspruch frei. Hierin und in der Verantwortlichkeit des Klägers, im Anwaltszwang und anderen Garantien liege der beste Schutz für einen Beamten. Der Redner beantragt demgemäß folgende Resolution: „Der Juristentag möge es als seine Ueberzeugung aussprechen: Die Privat-Anklage ist im deutschen Strafverfahren nicht nur für Beleidigungen einzuführen, sondern als allgemeine Ergänzung der Anklage des Staatsanwaltes zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Rechtes.“ — Dr. Schölke-Kiel geht noch weiter als der Referent; er beantragt die Privatanklage nicht bloß als subsidiär, sondern als concurrirend mit der öffentlichen Anklage einzuführen, weil nur durch diese Concurrenz die Abschaffung des Monopols der Staatsanwaltschaft möglich sei. Prof. Zader aus Prag unterstützt den Antrag des Vorredners mit warmen Worten und unter Hinweis auf seine Erfahrungen in Oesterreich. Kreisgerichtsrath Heinsheimer ist gegen den Antrag Schölke und für den Antrag des Referenten. Redner meint, unsere Zustände seien nicht so, daß der Gekränkte oder Verletzte nicht zu seinem Rechte kommen könne. Auch die Bedenken des Referenten wegen der politischen Vergehen kann der Redner nicht theilen. In der Unabhängigkeit unserer Gerichte findet der Redner die beste Garantie. Nachdem der Referent das Schlußwort gesprochen, wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Schölke wurde abgelehnt, derjenige des Referenten angenommen. — Die vereinigte I. und II. Abtheilung hat in ihrer heutigen Sitzung folgende Resolutionen angenommen: 1) Die bürgerliche Gewalt, insbesondere als Grund der Beschränkung der Handlungsfähigkeit hat Kraft des Gesetzes mit der Grob-jährigkeit des Hausinndes zu erlöschen. 2) Die Oberbundesmacht ist durch Einzelschlichter auszuüben. Hierbei empfiehlt sich zur Beaufsichtigung der vormundschaftlichen Geschäftsführung eine Mitwirkung der Familie in der Art, daß auf Anordnung der Eltern, oder auf Verlangen der Verwandten, oder auf Antrag des Vormundes ein Familienrath gebildet wird, welcher unter dem Vorbehalt des Vormundschaftsrichters die vom Gesetze zu bestimmenden Angelegenheiten entscheidet. Ferner ist in allen Vormundschaften eine Unterthänigkeit des Vormundschaftsrichters durch die Gemeindebehörde wünschenswerth und zu diesem Zweck jede Gemeinde oder für Theile derselben ein Gemeinde-Waisenrath zu bestellen, welcher über das persönliche Wohl und die Erziehung der Mündel Aufsicht zu führen, die hierbei wahrgenommenen Mängel oder Pflichtwidrigkeiten anzuzeigen, sowie auf Verlangen über die Person eines Mündels Auskunft zu erteilen hat. Die Aufstellung eines Gegenvormundes ist nicht zu empfehlen. Die Depositalverwaltung von Mündelvermögen ist nicht beizubehalten, dagegen eine bloße Verwahrung besonderer Werthgegenstände bei einer hierfür bestimmten Kasse nicht auszuschließen. Ein Zwang zur Sicherheitsleistung der Vormünder ist nicht zu rechtfertigen. — Die IV. Abtheilung hat in heutiger Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken ist der Zuschlag nur zu erteilen, wenn das Gebot den Betrag der dem betreibenden Gläubiger vorangehenden Hypotheken übersteigt. 2) Die richterliche Entscheidung über die Zulässigkeit der Klageänderung ist durch Rechtsmittel nicht anfechtbar. 3) Die ständige Deputation wird errichtet, über die Frage wegen Einführung der Civiljury noch weitere Gutachten zu veranlassen und die Frage einem der nächsten Juristentage wieder vorzulegen. — Sammtliche Resolutionen sind der Plenarversammlung zur Kenntnisaufnahme vorzulegen. (Frankf. Cur.)

Oesterreich.

Wien, 28. August. [Oesterreich und die Türkei.] Ihre Leser wollen gütigst nicht vergessen, daß sie unter den obwaltenden Umständen von dem Correspondenten nichts verlangen dürfen, als eine genaue Wiedergabe der hiesigen Stimmungen und daß es nicht seine Schuld ist, wenn diese Stimmungen wechseln. Er kann ihnen wohl Bemerkungen als Ariadnefaden in dem Wirrwarr der Nachrichten und Auffassungen geben: aber da er nicht das Vorrecht der Unfehlbarkeit besitzt, hat er kein Recht, Thatsachen — und die Stimmung der Regierung einer Großmacht zählt zu den Thatsachen, die schwer genug

wiegen — zu unterdrücken, weil sie nicht zu seinen Ansichten passen. Heute sieht man nun vielfach schwächer als gestern — hauptsächlich wohl, weil die Vermittelungskonferenz der Consuln in ihrem nächstliegenden Ziele als gescheitert betrachtet werden kann. Es steht außer Zweifel, daß die in der Nacht vom 25. auf den 26. in aller Eile und unter Zuziehung montenegrinischer Notabilitäten im Kloster Kosterowo gebildete Nationalregierung, an deren Spitze Euboracic steht, auf die Einstellung der Feindseligkeiten, die von den Mächten verlangt wird, nicht eingehen werde. Die Vermittelung in diesem Stadium ist gescheitert, und wenn nun die Dinge weiter vorwärts dringen, fängt man in Wien an zu fürchten, man könnte den richtigen Zeitpunkt verpassen, am Ende sich gar zwischen zwei Stühle gesetzt haben. Von mir wissen Sie, daß ich niemals daran gezweifelt habe, Andrassy's weise Politik, den Russen bei der Emancipierung der Rajas zu helfen, werde und müsse dieselben Resultate zu Tage fördern, wie Reichberg's Schläumerei, Preußen bei der Befreiung der Elbherzogthümer Beistand zu leisten. Es ist wiederum ein unseliges halbes Verfahren, das wir einschlugen. Die Insurgenten vergessen niemals, daß wir den Türken die Landung bei Klef gestattet haben, allerdings in einem türkischen Hafen, dessen Zugang aber, wegen der vorliegenden Halbinsel Sabinocello nur durch rein österreichische Gewässer zu finden ist und überdies in allen Verträgen zwischen der Pforte und den Republiken Venedig und Ragusa ausdrücklich an der jedesmaligen Erlaubniß des Besitzers des Litorales abhängig gemacht ist. Die Türken andererseits grollen nicht minder mit uns, weil wir ihnen den Marsch von Klef durch unser Gebiet nach Metkovich auf schöner Kunststraße verweigert haben, so daß sie für den Munitionstransport auf den fast unmöglichen Saumpfad über die Gebirge angewiesen sind. Wir schlugen ihnen das Begehren ab, unter dem Vorwande, daß dessen Gewährung eine Neutralitätsverletzung involviren würde, als die Insurgenten „Kriegsführende“ wären! Der zunehmende Uebermuth der Türken beweist, daß sie uns ihren Aerger empfinden lassen wollen. Schon zwei k. k. Stabs-offiziere wurden von türkischen Truppen auf der, und gehörigen Militärstraße durch die Enclave von Klef angehalten und arretirt. Ob's mochte das erste Mal ein Mißverständnis, eine Ungeschicklichkeit der Posten sein, wie der türkische Oberst sich entschuldigte. Aber zu denken giebt, daß der Fall sich unmittelbar darauf wiederholte. Und dann, gar der ernannte Commandant, der sich erst in Ragusa vom Hafencapitän verbieten lassen muß, die aus Syrien, dem Choleralande kommenden Offiziere ohne Quarantaine ans Land zu setzen. So wiegt Österreich's Stimme weder bei den Insurgenten im Lager schwer, noch in Konstantinopel bei der Pforte. Hier führt der Intimus des russischen Hofes, des Generals Ignatieff, der Altstärke Mahmud Pascha wieder als Großvezier das große Wort: und daß Rußland ihn wieder zum Chef des Divans ernennen ließ, ohne die mindeste Rücksicht darauf, wie sehr dies jede Aussicht auf Erfolg der Vermittelungs-Conferenz zerstören müßte, ist auch ein für Österreich sehr bedenkliches Zeichen der Zeit!

Wien, 28. August. [Der Verwaltungsrath der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahn] hat, der „Presse“ zufolge, in seiner gestrigen Sitzung beschloffen, den Regierungsrath von Glauvi von der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen, zum obersten technischen Beamten der Lemberg-Gzernowitzer Bahn mit dem Titel eines Generalinspectors zu berufen. Die Ernennung eines Generaldirectors ist hierdurch wegschafft worden. — Wie daselbe Blatt erzählt, wird die Regierung die Costruction der Waagthalbahn-Prioritäten trotz des Votums der Wiener Börse kammer wahrscheinlich bewilligen. Maßgebend hierfür dürfte vorzüglich die Rücksicht sein, den Ausbau des Bahnabschlusses der Linie Troppau-Blarapaz auf der ungarischen Seite zu sichern.

Wien, 29. August. [Dementi.] Das „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ meldet, daß die anderweitig aus Belgrad gebrachte Nachricht von der Constituirung einer böhmischen Nationalregierung nach den vorliegenden Berichten bis jetzt der Begründung entbehre.

Agram, 28. August. [In der heutigen Landtagsitzung] wurde vom Auschuß redigirte Entwurf einer Adresse vorgelegt, mit welcher das bei Eröffnung des Landtags verlesene königliche Rescript beantwortet werden soll. Derselbe enthält in acht verschiedenen Punkten lediglich eine Paraphrase des gedachten königlichen Rescripts, kommt sodann auf die schon früher beantragte Einverleibung Dalmatiens zurück und giebt der Besorgniß Ausdruck, daß die Thätigkeit des Landtags durch die traurigen Ereignisse in der Nachbarschaft und deren bereits fühlbare Folgen getrübt werden könne. Diese Besorgniß könne nur durch das Vertrauen auf die ritterliche Großmuth des Kaisers und durch die Hoffnung gemildert werden, daß die kaiserliche Regierung mit fester Hand und unter dem Beistande ihrer mächtigen Verbündeten die höchsten Interessen der Humanität wahren und unter Sicherung der nationalen Entwicklung der zur Verzweiflung getriebenen Nachbarn und Brüder den europäischen Frieden erhalten werde. Die Debatte über den Adressentwurf wurde am morgen anberaumt. Hiernächst beantwortete der Banus die vom Abgeordneten Matanec eingebrachte Interpellation über die Unterstützung der Flüchtlinge und Verwundeten aus der Herzegowina dahin, daß diese Angelegenheit nicht zu seiner Competenz gehöre. Der Banus machte dabei zugleich der Opposition bemerklich, daß der Bestand des Landtags durch unbesonnene Anträge von ihrer Seite in Frage gestellt werde. Die Antwort des Banus wurde mit allen Stimmen gegen 3 Stimmen der Oppositionspartei zur Kenntniß genommen.

Frankreich.

Paris, 26. August, Abends. [Reisepläne der Minister.] Die Zeitungen melden von den Reiseplänen des Staatsoberhauptes und der Minister. Mac Mahon reist morgen, wie berichtet, nach Montargis zur Jagd. Der Duc Decazes wird am Sonntag wieder von Dinard hier eintreffen; Herr Buffet beabsichtigt, sich nur für kurze Zeit nach den Vogesen zu begeben, so daß während seiner Abwesenheit kein anderer Minister das Interim zu übernehmen braucht, und zwar wird er diesen Auszug erst gegen den 10. September machen. Die „Liberté“ giebt zu verstehen, Buffet wolle den 4. September in Paris sein, um etwaigen radicalen Kundgebungen kräftig entgegenzutreten zu können. Die Pariser Radicals haben aber schwerlich die Absicht, dem Vicepräsidenten des Conseils zur Entfaltung ungewöhnlicher Energie Gelegenheit zu geben.

Paris, 27. August. [Die Herstellung eines großen algerischen Binnenmeeres. — Candidatenliste für den Senat.] Eine der wichtigsten unter den Fragen, deren Entscheidung eine nahe Zukunft uns vorbehalten dürfte, betrifft die Herstellung eines großen algerischen Binnenmeeres. Der Gedanke, die wüsten Sandflächen Nord-Afrika's, die unter dem Meerespiegel liegen, für die Befruchtung der umliegenden Landestheile und für die Herstellung einer leichten Verbindung nutzbar zu machen, mußte Viele verlocken. Geschichtliche Erinnerungen deuteten auf die frühere Existenz eines solchen Binnenmeeres; warum sollte der alte Zustand nicht zurückzuführen sein? Eine Zeit, welche die Durchforschung des Suez-Canals gesehen hat und welche binnen Kurzem einen Tunnel unter dem Paß de Calais entstehen sehen wird, kann vor den materiellen Schwierigkeiten jenes Unternehmens nicht zurückschrecken. Nach Anstellung einiger

Privatversuche haben die Ingenieure, welche sich mit dem gewaltigen Project trugen, eine Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten; sie haben Messungen und Nivellements vorgenommen, von deren Resultat sie sich befriedigt fühlen. Die Angelegenheit wurde vor den geographischen Congress gebracht, welche dem Urheber des Projectes, Herrn Roudaire, eine Medaille zuerkannte und den Wunsch aussprach, die in Algerien angestellten Untersuchungen mögen in Tunis fortgesetzt werden; denn es handelt sich um ein doppeltes Meeresbecken, das sich zum großen Theil über die Grenze der französischen Besitzungen hinaus erstreckt. Auf tunisischem Gebiet aber sind bisher nur sehr unvollkommene Untersuchungen vorgenommen worden. Nach Roudaire's Erklärungen im Congress nimmt das algerische Becken eine Fläche von 6000 Quadrat-Kilometern ein; es würde eine genügende Wassertiefe darbieten, selbst für die größten Schiffe; man würde keine angebaute Strecke unter Wasser legen. Das Becken, in seiner ganzen Ausdehnung scharf abgegrenzt, schließt im Westen mit einem hügeligen Terrain, das sich zur Anlage von Häfen eignen würde. In dem tunisischen Becken, das wie gesagt nur zum kleinsten Theile geprüft ist, glaubt Roudaire auf eine Wassertiefe von 15 Metern rechnen zu können. Zusammengekommen würden die beiden Becken einen Meeressarm von 100 Meilen Länge (in der Richtung von Westen nach Osten) und 10 bis 15 Meilen Breite bilden. Sie sind jetzt durch Sandhügel getrennt, zwischen denen sich leicht eine Verbindung herstellen ließe. 90 Milliarden Kubikmeter Wasser sind zur Füllung der Becken erforderlich. Die Füllung soll vom Mittelmeer aus durch einen Canal von 80 Meter Breite und 15 Meter Tiefe bewerkstelligt werden; diesem Canal würde aber das Meerwasser, sobald die Füllung einmal begonnen, selbst die erforderlichen Dimensionen geben. Die Kosten des Canals werden dann auch nur auf eine verhältnismäßig geringe Summe veranschlagt, da nur im Isthmus von Gubès Felsenschichten zu durchbrechen sind. Es ist allerdings zu bemerken, daß man das Profil des Isthmus noch nicht zur Gänze kennt und daß die Gegner des Projectes hier ziemlich bedeutende Schwierigkeiten erwarten. Aber Roudaire läßt dieselben nicht gelten. Er befürchtet auch nichts von Verlandung und dergleichen. Die Canalwasser würden etwa 30 Millionen Kubikmeter Sand mitschleppen, aber dieser Sand würde sich in einer nicht halbsoßigen Schicht auf dem Boden des neuen Meeres vertheilen. Drei Jahre würden etwa zur vollständigen Füllung des Bassins erforderlich sein; der Canal könnte etwa 50 Milliarden Kubikmeter im Jahre befördern, aber 7 Milliarden gehen durch die Verdunstung verloren. Dies sind im Wesentlichen die Angaben, auf welche Roudaire sich stützt; sie klingen verführerisch, aber an Widerspruch wird es dem Project nicht fehlen, nicht nur was die Möglichkeit der Ausführung, sondern auch was die Folgen einer solchen Schöpfung angeht. Ohne Zweifel hätte Algerien außerordentlich viel bei ihrer Verwirklichung zu gewinnen; aber es fragt sich, ob nicht die Entleerung eines Meeres im Süden des Mittelmeeres auf die klimatischen Verhältnisse des westlichen Europa einen bedenklichen Einfluß üben würde. Man nimmt an, daß täglich 45 Millionen Kubikmeter Wasser in dem neuen Meere verdunstet werden, und in den Perioden der heißen Südwinde bis zu 90 Millionen Kubikmeter, d. h. 900 Millionen Hektoliter Wasser. Wenn auch der größte Theil dieser Masse sich in Nord-Algerien niederschlägt, so würde doch die Temperatur der Luftströmungen, die über das Mittelmeer herüberkommen, eine ganz andere geworden sein, und wenn der Sirocco künftig Nord-Algerien Regen bringt, so dürfte er aufhören, eine Wärmequelle für Europa zu sein. Mit ein wenig Phantasie kann man sich vorstellen, daß der algerische Binnensee für uns unglückliche Europäer die Rolle eines formidablen Kühlbeckens spielen werde und daß wir von ihm eine beschleunigte Rückkehr der Eisperiode zu erwarten haben. Die Gelehrten mögen sich darüber in's Reine zu setzen suchen. — Die politischen Nachrichten sind heute fast null. Was verschiedene Blätter über die Anstalten der Verfassungspartei behufs Aufstellung einer Candidatenliste für den Senat berichten, ist offenbar nur zum kleinsten Theile richtig. Erst am 15. September wird das Directions-Comité der parlamentarischen Linken in Paris zusammentreten, um in dieser Angelegenheit einen Beschluß zu fassen. Bisher ist nichts von Bedeutung geschehen und die letzten Ereignisse der verfloffenen Session waren nicht darnach angethan, eine Verständigung zwischen den Republikanern und dem rechten Centrum zu erleichtern.

Paris, 27. August. [Zur Wallfahrt nach Lourdes.] Die hiesigen Blätter beschäftigen sich fast ohne Ausnahme mit der von den deutschen Ultramontanen geplanten Wallfahrt nach Lourdes. Es sind aber nicht bloß die republikanischen Organe, welche sich über die von den deutschen Clerikalen inscenirte Kundgebung mißbilligend aussprechen, sondern auch die der Regierung nahestehenden Journale machen aus ihrer Unzufriedenheit kein Geheiß. Der „Siecle“ veröffentlicht heute einen bemerkenswerthen Artikel über diese Angelegenheit, welcher unter Anderem folgende Ausführungen enthält:

„Wir können alle Klugheits- und Vorsichtsmaßregeln nur billigen, zu welchen die Regierung sich entschließen wird“, um von vornherein allen Schwierigkeiten vorzubeugen. Wir sind der Gewissensfreiheit allzu aufrichtig zugewandt, als daß wir verlangen sollten, daß man Katholiken, welcher Nationalität sie auch immer angehören mögen, verbiete, nach Lourdes, Paray-le-Monial oder anderswohin zu ziehen, um da ihre Andacht zu verrichten; aber wir sind auch zu vaterländisch gesinnt, als daß wir uns nicht darüber aufhalten sollten, daß deutsche Pilger keine anderen Gnadenorte in der Welt gefunden haben, als gerade die französischen, wo sie die Segnungen des Himmels auf die Kirche und ihre Vaterland herabflehen können. Das Banner, welches Herr von Stolzberg und seine Genossen für die Gelegenheit haben flüchten lassen, trägt die Inschrift: „Beatam me dicent omnes generationes.“ „Die deutschen Katholiken flehen dich, ohne Sünde gegangene Jungfrau, um deinen mütterlichen Schutze für die Kirche und das Vaterland.“ Die deutschen Katholiken werden dieses Banner nach Paris bringen, nach dem selben Paris, das vor nicht vollen fünf Jahren von den Deutschen beschossen und ausgehungert wurde; sie werden es durch ganz Frankreich, das noch aus seinen Wunden blutet, zur Schau tragen. Sie werden den Feinden unseres Landes einen Vorwand zu der Behauptung bieten, daß unser Land sich diesen fanatischen Kundgebungen in einer gegen Deutschland herausfordernden Absicht anschließt. Nun denn, wir erheben im Voraus im Namen der Wahrheit und des gesunden Menschenverstandes Einsprüche gegen irrtümliche Auslegungen, gegen falsche die Sentenzen Frankreichs entstellende Auffassungen. Wenn wir Herrn von Stolzberg und seine Freunde nicht verhindern können, bei uns ihre Andacht zu verrichten, so erklären wir laut, daß ihr Vorhaben den internationalen Anstand verlegt und daß in Frankreich, in Deutschland und überall in Europa nur diejenigen es werden können, welche Rom, den Vatican, als ihre alleinige Heimath betrachten. Wir sind überzeugt, daß die aufrichtigen Katholiken, die nämlich, denen die Religion nicht ein Werkzeug der Politik ist, allerorten diese unsere Anschauung theilen. Desgleichen sind wir überzeugt, daß die deutschen Pilger überall in Frankreich nur jene geringfügige Gelegenheit finden werden, mit der der gesunde französische Sinn jedem Gepränge eines abgestandenen Fanatismus beizuwohnen pflegt. Es wird dies die beste Art sein, diejenigen zu verwirren, die sich ansetzen zu sagen oder schon auszusprechen, daß Frankreich, dieses Vaterland des freien Gedankens, sich mit den deutschen Ultramontanen gegen Deutschland verbinden will.“

[Der Congress der katholischen Gesellenvereine] wurde vorgestern Abend in Reims in einem der Säle — Salle des Sacres genannt — des erzbischöflichen Palais unter dem Vorsitz des Msgr. Langénieux, Erzbischof dieser Stadt, eröffnet. Auf der Ehrenbühne hatten der Erzbischof, der Augustiner-General, Vincent de Paul Bailly, Limburg, Präsident der belgischen „Généralion“, und einige andere Personen ihre Sitze. Unter denen, welche sich am Fuße dieser Bühne

befanden, bemerkte man die General-Vicars des Erzbisthums Reims, viele andere Geistlichen, Harmel, den bekannten Besitzer des Hüttenwerks des „Val des Bois“, der nur streng katholische Arbeiter beschäftigt, den Abbé Baton, Almojenier des pariser Militär-Hospitals Gros Caillon, den General-Forstinspector Grafen de Cadmirault, einen Bruder des Gouverneurs von Paris, den Abbé Dumaine, Almojenier der Garnison von Alençon, viele andere Priester und dann die Vertreter der 133 katholischen Gesellenvereine, die gegenwärtig in Frankreich bestehen. Der Erzbischof von Reims sprach das Eröffnungsgebet. Pater Bailly erstattete hierauf den Bericht über die Gesellenvereine, aus dem hervorgeht, daß, obgleich die Gaben ziemlich reichlich flossen und Notre Dame du Salut „ihren sichtlichsten Schutz gewährte“, doch ein Deficit von ungefähr 10,000 Francs vorliegt. Frankreich — so meinte der Pater — sei aber so reich und die Herzen so edelmüthig, daß dasselbe schnell gedeckt sein werde. Nach Bailly sprach der General-Vicar von Reims, Tournier, über die Kathedrale von Reims, worauf dann der Erzbischof die erste Sitzung mit einer längeren Rede schloß. Indem er die bösen Erinnerungen ins Gedächtniß zurückrief, welche auf mehr als einer Seite der französischen Geschichte die Klassen der Gesellschaft zurückgelassen haben, welche berufen seien, die Massen zu leiten, betonte er die edlen und großen Beispiele, welche diese nämlichen Klassen heute geben. Es sei nicht zweifelhaft, daß ihr Werk der Wiederherstellung und der Rückerstattung ein heiliges Werk sei, und daß es die Zustimmung desjenigen erhalten werde, „der sich den Gott der Demüthigen und der Kleinen“ genannt habe. Schließlich zog er einen Vergleich zwischen Noah, der hundert Jahre an seiner Arche gearbeitet, um das Menschengeschlecht zu retten, und Pius IX., der während seiner ruhmreichen Regierung alle großen Grundzüge der gesellschaftlichen Ordnung vertheidigt habe, denen die Welt eines Tages ihr Heil verdanken werde. „Diese Worte“ — so erzählt ein clericaler Berichterstatter — „erweckten den stürmlichsten Beifall. Taufendstimmige Rufe: Es lebe Pius IX.!“ erklangen von allen Seiten des Saales, die Hüte flogen in die Luft, die Arme gesticulirten in Bewegung, die Hände suchten sich. War es eine Sinnestäuschung oder nicht? Beim Schein der erlöschenden Fackeln schien es uns, als ob die Prälaten und die Könige, die von den Wänden aus uns herablickten, sich an unserer Begeisterung theiligten.“ So endete die erste Sitzung des Congresses der katholischen Gesellenvereine, denen bekanntlich die Aufgabe zugebach ist, dem Vatican Anhänger unter den Massen zu gewinnen.

Amerika.

New-York, 13. August. [Staatswahlen.] Zwei Südstaaten, Kentucky und Nord-Carolina, haben in voriger Woche ihre Staatswahlen vollzogen. Das Ergebnis war in dem von jeher demokratischen Staate Kentucky eine demokratische Mehrheit von 30,000 bis 40,000 Stimmen; aus Nord-Carolina, wo die Republikaner sich zuerst eines namhaften Erfolges rühmten, melden die späteren Berichte eine Mehrheit von 2—4 Stimmen für die Demokraten. Die einzige politische Bewegung, welche in höherem Grade allgemeines Interesse in Anspruch nimmt, ist die Herbst-Wahlkampagne in Ohio, welcher mit Rücksicht auf die allgemeinen Fragen des künftigen Jahres vorwiegende Bedeutung beigelegt wird. Die „New-York Sun“ erklärt, „ein Sieg der republikanischen Partei in Ohio würde über die ganze Union als ein Sieg des Grantismus, ein Vertrauensvotum für die Administration, eine Billigung aller ihrer Ausweisungen und Schürkereien und ein Rückschlag gegen das Volksverlangen nach Aenderung ausposaunt werden. Die Wirkung eines solchen republikanischen Sieges in Ohio würde einer Samilität wenig nachgeben.“ Mit im Vordergrund befindet sich die Frage der Papiergeldfrage. Es wird, wie die „N. Y. Handelsztg.“ bemerkt, immer gewisser, daß diese Frage, nach dem Geheiß des Vorwiegens der materiellen Interessen in unserer Zeit, in den Nationalkämpfen des künftigen Jahres die Hauptrolle spielen und zum Scheidungs-Elemente zwischen den Parteien und nach Befinden zum Krystallisationspunkte einer Parteibildung werden wird. Auf demokratischer Seite wurde einer Rede des Senators Thurman von Ohio die größte Aufmerksamkeit geschenkt, um so mehr, als das Bestreben dieses gewichtigen Führers der westlichen Demokratie, dessen Charakter auch der Gegenpartei Achtung abnößigt, darauf gerichtet war, seine Partei von dem Verdachte nur übelverdeckter Sympathie für den Papiergeldschwindel zu reinigen. Auf Seiten der Republikaner fanden die Reden von Hayes von Ohio und die des gastirenden Senators Morton von Indiana die meiste Beachtung. Auch in diesen bildete die Geldfrage einen Hauptgegenstand, selbstverständlich mit der Absicht, die republikanische Partei in und außerhalb des Congresses als die eigentliche Partei der Hartgeldwährung darzustellen. Außerdem ließ Senator Morton in Widerspruch mit den weitläufigen Thatsachen der gegenwärtigen zweiten Grant-Administration so übertrieben Lob andeuten, daß man versucht ist, die Beweggründe dafür eher in verblendeter Naivität, als in der Frechheit eines gewissenlosen Demagogentums zu suchen. Wenn Senator Morton mit lauter Stimme verkündigt, daß es „in der Geschichte dieser Regierung niemals eine Periode gegeben habe, in welcher weniger Betrug und Beamtenplünderung oder auch nur eben so wenig, wie jetzt, vorgekommen sei“, und wenn er ferner behauptet, „daß es niemals eine Verwaltung gegeben habe, welche in der Aufbebung, Verfolgung und Bestrafung corrupter und nachlässiger Beamten mehr Entschlossenheit, Kraft, Unparteilichkeit und Erfolg gezeigt habe“, so muß in der That die Erwartung auf das höchste gespannt werden, ob das Volk des großen westlichen Staates, dessen Stimme als eine vorbedeutende angesehen wird, bei seiner bevorstehenden Herbstwahl dieses Urtheil des Senators von Indiana durch seine Abstimmung bestätigen werde oder nicht.

Panama, 1. August. [Die politische Lage der columbischen Republik] wird mit jedem Tage verworrener, und die Partikämpfe, welche die bevorstehende Wahl eines Bundes-Präsidenten herbeigeführt, drohen einen allgemeinen Krieg herbeizuführen. In Panama herrscht Ruhe. Dr. Pablo Krosfemena ist als Präsident des Staates erwählt worden. Baena, der Präsident des Staates Bolivar, hat bekannt gemacht, daß sein Staat der Annahme der Bundesregierung, ihren Willen den Küstenstaaten aufzuzwingen, Widerstand leisten werde. Dem zufolge schickte er 400 Mann gegen eine Abtheilung Bundes-truppen unter General Delgado. Auf dem Magdalena-Fluß hat bereits ein Gefecht stattgefunden, welches keine Entscheidung brachte. Senor Esquerro, einer der nach Panama gesandten Friedens-Commissare, wurde auf Befehl der Behörden des Staates Bolivar zu Barranquilla verhaftet und an Bord des Dampfers „Vigilante“ gesandt, wodurch die allgemeine Verwirrung noch vermehrt wird. — Die Gaswerke in Panama haben ihren Betrieb eingestellt, weil die Regierung mit der Bezahlung der Gasrechnungen im Rückstande ist. Der Director der englischen Gascompagnie wurde wegen Ungehorsams gegen die Staatsbehörden ins Gefängniß geworfen; der englische Consul hat dessen Befreiung verlangt, welche nach späteren Nachrichten auch erfolgt ist. — Aus der Republik San Salvador wird berichtet, daß in San Miguel, wo im Monat Juni ein von den Priestern aufgestellter Pöbel viele Schandthaten verübt hatte, die Ruhe wieder hergestellt ist, und daß Präsident Comales künftig der Räuberführer hat erschießen lassen, wobei die Mönche, welche den Aufstand verbeigeführt,

Magdeburg, 28. August. [Robruder.] Das Angebot von ersten Produkten war im Laufe dieser Woche wegen Mangel an Borräthen außerst unbedeutend; die Umsätze beschränkten sich fast nur auf Nachprodukte, von denen ca. 5000 Ctr. zu unregelmäßigen Preisen, je nach Bedarf, gehandelt wurden. Raffinirte Zucker. Zu unbedeutend vorwöchentlichen Notierungen fanden ca. 25,000 Brode und ca. 3000 Ctr. gemahlene Zucker schlanke Nehmer. Syrup Nr. 3,90—4,00 effectiv excl. Tonne. — Wir notiren bei Bosten aus erster Hand: Raffinade ff. bis f. incl. 44,75—45,00, Melis ff. incl. 43,25, do. mittel do. 43,00, do. ordinär do. 42,50, gemahlene Raffinade l. incl. 44,75—45,00, do. II. do. 42,75 bis 43,75, gem. Melis l. do. 40,75—42,00, do. II. do. 38,00—40,00, Farin do. 31,00—36,50. Alles per 50 Kilo.

Dresden, 28. August. [Wochenbericht von Samuel Rosenthal.] Seit Abfassung meines letzten Berichtes haben wir uns wegen übermäßiger Hitze nicht zu beklagen; die Witterung ist aber trocken geblieben und sind denn auch die reiflichen Galmstrühe ohne jegliche Störung eingebracht worden. Ueber die nunmehr bevorstehende Kartoffelernte läßt sich etwas Näheres noch nicht sagen, da die Ansichten darüber zu sehr auseinander gehen; doch was die nähere Umgebung betrifft, giebt man sich entschieden guten Erwartungen hin.

Auch in diesen acht Tagen haben sich die hiesigen Getreidepreise der allgemeinen Baisseströmung nicht widersehen können; dennoch hat sich die Stimmung gegen Schluss der Woche wieder mehr befestigt, indem der Bedarf stärker hervortreten beginnt. Der Zeitpunkt, wo die Mähen gezwungen sein werden, wieder ernstlich zu kaufen, um den Betrieb ungehindert fortzusetzen, scheint gekommen, da alle Broitstoffe neuerdings seitens des Consumes wesentlich mehr Beachtung finden. Unter diesen Umständen haben die Course nicht allein ihren lektwöchentlichen Standpunkt eingeholt, sondern berechnen zu weiteren Aufbesserungen, zumal die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Wassermähen mit dem ihnen mangelnden Betriebsmaterial bald wieder zur Genüge ausgetaktet werden können, um die stürzten Arbeiten mit erneuten Kräften aufzunehmen.

Weizen kennzeichnet merktlich belebteren Handel, weißer 214—234, neuer 200—214, brauner 186—219, neuer 180—200 Mark bezahlt.

Ebenso hat Roggen besseren Absatz erlangt; inländischer 170—180, galizischer und russischer 160—169 M. zu notiren.

Das Geschäft mit Gerste erweist sich fortwährend als gesund; helle dickkörnige Sorten bleiben stark begehrt und holt Brauwaare 165—186 M.

Safer unverändert, bedingt 145—180 M.

Mais behauptet, ungarisches Gewächs erzielt 153—159 M.

Auch Delsaaten haben keine Veränderungen erlitten. Raps 270—280, Rübjen 260—270, Lein 270—300 M. Alles pro 1000 Ko. Netto.

[Magdeburg-Galbertstädter Eisenbahn.] Zu der am Freitag abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung waren nicht weniger als 299 Actionäre mit 2380 Stimmen angemeldet. Die Versammlung, welche um 12 Uhr begann, nahm zunächst den Geschäftsbericht, an welchen sich lange Debatten knüpften, entgegen und schritt alsdann zur Wahl von 8 Aufsichtsratsmitgliedern. Das Ergebnis der Wahl war bei Schluss der Sitzung noch nicht bekannt, doch steht anzunehmen, daß durchweg die Candidaten der Gesellschaftsverbände, welche über die Mehrheit der Stimmen verfügten, gesiegt haben. Von den vorliegenden Anträgen konnten nur die Nummern 1—12 und 14 erledigt werden, weil bei den Debatten über Nr. 13, betreffend die Errichtung des Baues der Strecke Sangerhausen-Erfurt die Verhandlungen einen so stürmischen Verlauf nahmen, daß der Vorsitzende, Herr Präsident Scheele, welcher eine Zeilung vorher den Anfangs fungierenden Vorsitzenden Herrn Justiz-Rath Krüger abgelöst hatte, sich um 5 Uhr veranlaßt sah, die Sitzung aufzuheben. Dieses Verfahren war in der That gerechtfertigt, da ein Theil der opponirenden Actionäre die weitesten Grenzen der parlamentarischen Debatte überschritten hatte. Die Gerichtigkeit erreichte den höchsten Grad, als die Beauptung laut wurde, daß das Directorium eine Anzahl Beamte der Gesellschaft als Strohmänner fungiren lasse. Da die gestrige Versammlung vor vollständiger Erledigung der Tagesordnung geschlossen wurde, hat demnach die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu erfolgen. Wir behalten uns vor, auf die Verhandlungen der ersten zurückzukommen.

[Arbeiterentlassung bei der Sigl'schen Maschinenfabrik.] Das an der Sonnabendbörse von Hirsch's Bureau ausgegebene Telegramm von einer größeren Arbeiterentlassung in der Sigl'schen Maschinenfabrik in Wiener-Neustadt wird von Wiener Blättern vollständig bestätigt. Das „N. Wien. Tagblatt“ veröffentlicht über diesen Gegenstand folgendes Telegramm: Es wurden in dieser Woche ungefähr neunhundert Arbeiter von Sigl bereits entlassen, 1100 stehen noch in Arbeit. Sämtliche entlassene Arbeiter suchten ihre Heimath auf und sind zu diesem Zwecke vom Bürgermeister Böck, wo es Noth that, mit Kleingeld versehen worden. Für morgen steht die Entlassung von weiteren zwei bis dreihundert Arbeitern bevor. Wie man hört, ist nur noch eine Befehlung von fünf Maschinen auszuarbeiten, worauf die Fabrik gänzlich stille stehen wird. Bis dahin dürften noch etwa 14 Tage vergehen. Die „N. fr. Presse“ berichtet Nephliches.

Breslau, 30. August, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen etwas fester, bei schwächerem Angebot und veränderten Preisen.

Weizen, zu billigeren Preisen mehr Kauflust, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,00 bis 20,30—22,30 Mark, alter gelber 18,70—20,00—21,50 Mark, neuer gelber 14,25—15,75 bis 17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur seine Qualitäten gut veräußert, per 100 Kilogr. 13,50 bis 15,50 bis 17,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13,50—14,50—15 Mark, weiße 15,80—16,80 Mark, neue 11,25—12,50—13,50 Mark.

Safer schwach behauptet, per 100 Kilogr. alter 14,80—15,20—17,20 Mark, neuer 12,50—14—15 Mark, feinsten über Notiz.

Mais stark angeboten, per 100 Kilogr. 13,70—14,00 Mark.

Erbsen gut veräußert, per 100 Kilogr. 16—17—19,50 Mark.

Bohnen mehr begehrt, per 100 Kilogr. 19—20—21,50 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 16—17 Mark, blaue 15,50—16,50 Mark.

Wicken wenig offerirt, per 100 Kilogr. 19—20—22 Mark.

Delsaaten gut veräußert.

Schlaglein schwach offerirt.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat . . . 27 20 25 50 24 —

Winterraps . . . 27 25 26 25 25 25

Winterrüben . . . 26 75 25 50 24 75

Sommerrüben . . . — — — — —

Leindotter . . . — — — — —

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 7,50—7,80 Mark, Wintermonate 7,50 Mark.

Leintuchen hoch gehalten, pr. 50 Kilogr. 11—11,30 Mark.

Kleejamen ohne Umslag, rother pr. 50 Kilogr. 48—52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 54—57—68 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ohne Umslag, pr. 50 Kilogr. 26—28—29 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogramm Weizen fein 30,00—31,00 Mark, Roggen fein 27,00—28,00 Mark, Hausbuden 25,00—26,00 Mark, Roggen-Zuttermehl 10,50—11,50 Mark, Weizenkleie 8,50—9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Breslau, 30. Aug. [Wasserstand.] D. P. 4 M. 54 Cm. U. P. — M. — Cm.

Brauerei geht nunmehr ihrer Vollendung entgegen und wird hoffentlich in den nächsten Tagen wieder dem Betrieb geöffnet werden. Sobald auch der Bürgersteig gepflastert und wie die ganze Straße gehoben sein wird, dürfte die Passage derselben zu den angenehmen der Stadt gehören. Der Bau des Ständehauses schreitet rüstig fort und dürfte bald unter Dach sein. — Herr Landrath Barchewitz ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.

K. Kuchlowitz, 27. Aug. [Fund. — Milzbrand. — Zur gefälligen Nachachtung.] Eine Münze aus dem 14. Jahrhundert ist dieser Tage vier auf einem Kartoffelfelde gefunden worden. Dieselbe ist von Silber und hat ungefähr die Größe einer Mark. Die eine Seite stellt einen Löwen mit der Umschrift „Grossi Pragenses“ dar, die andere hingegen ist mit einer Krone geziert und trägt die Umschrift „Johannes Primus.“ Am äußeren Rande stehen die Worte: „Dei Gratia Rex Bohem.“ Eine Jahreszahl ist zwar nicht vorhanden, doch läßt sich das Alter dieser Münze ziemlich genau feststellen, da ein Johann I., König von Böhmen, Vater des deutschen Kaisers Karl IV., im vierzehnten Jahrhundert lebte. Referent ist im Besitze dieser Münze und ist gern bereit, dieselbe jeder Sammlung gratis zu überlassen. — Auf einem hiesigen Gehöft ist der Milzbrand ausgebrochen. Unsere Amtsverwaltung hat sofort die nöthigen Maßregeln veranlaßt, um etwaiger Verschleppung dieser gefährlichen Viehkrankheit vorzubeugen. — Am vorigen Sonntage war in dem benachbarten Antonienhütte Abfah. Selbstredend fand sich Kuchlowitz in Scharen ein. Daß man bei solcher Gelegenheit einige zu gut gemeinte Messerstücke und etwas obligate Reile mit in den Kauf nehmen muß, darüber setzt sich Kuchlowitz und Umgegend mit Leichtigkeit hinweg. Doch diesmal war die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Der Herr Antonienhütter von Antonienhütte war nämlich der unchristlichen Meinung, daß Abfahse nur zum Beten da sind, nicht aber, um sich in unmittelbarer Nähe der Kirche an Pfefferfuchen, Heiligenbildern, Brantwein und Bier gütlich zu thun. Er inhibirte ganz einfach das Abhalten eines Jahrmarktes und schaffte hierdurch die angeführten Abfah-Eventualitäten aus der Welt.

[Notizen aus der Provinz.] * Gr.-Glogau. Der „Nied. Anz.“ meldet: Am Mittwoch fand bei Schlawe das Wetrennen der Offiziere der 9. Cavallerie-Brigade statt. Nach dem Rennen fand in dem schönen Gräblich von Jermontow'schen Park bei Schlawe ein von den Offizieren veranstaltetes Souper statt, an welchem auch mehrere Gutsbesitzer aus der Umgegend mit ihren Damen, der Commandirende der 9. Cavallerie-Brigade Herr General v. Barnekow, der Commandant der Festung Glogau Herr General von Galindt nebst Gemahlin u. theilnahmen. Die Kapelle des Kavallerie-Regiments Nr. 5, des Dragoner-Regiments Nr. 4 und des Ulanen-Regiments Nr. 10 concertirten abwechselnd. Der Park war mit Ballons recht hübsch erleuchtet und am Schluß wurde ein kleiner bal champêtre arrangirt. Das überaus reich ausgestattete Buffet enthielt nur kalte Speisen; diese, sowie die exquisiten Weine waren von Herrn Otto Schneider in Glogau geliefert worden.

* Grottkau. Am 27. d. Mts. kam der Gärtnerstellenbesitzer Günter aus Märsdorf mit Getreide in die Stadt gefahren; auf dem Wagen saßen zwei seiner Knaben, einer von 8 und der andere von 4 Jahren. Als der Wagen in der Nähe des Gasthofs zum Ritter schnell über das Gerinne fuhr, fiel der 4-jährige Knabe vornüber unter die Räder, welche ihm dergestalt über die Brust gingen, daß er bald darauf eine Leiche war.

* Morgenroth. Der „Grenz.“ schreibt man von hier: So viel uns bekannt geworden, sind alle Bemühungen der Polizeibehörden, den Postboten Jacob Nowak, auf dessen Ergriffenheit seitens der kais. Ober-Postdirection eine Belohnung von 900 M. ausgesetzt ist, zu ermitteln, bisher vergeblich gewesen.

* Beuthen. Die „Rathow. Ztg.“ berichtet: Wegen Vergehens gegen die §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches angeklagt, erschien am 27. d. M. Knaplan Kulla Morgens vor den Schranken der Strafkammer des königlichen Kreisgerichts zu Beuthen. Der Gerichtshof bestand aus den Kreisrichtern: Delsner als Vorsitzender, Arns und Graf Strachwitz als Beisitzer und die Staatsanwaltschaft war durch den Staatsanwalt Grasshof vertreten. Als Verteidiger fungirte der Rechtsanwalt Dr. Norden aus Myslowitz. Der Angeklagte wurde des Widerstandes gegen die Staatsgewalt für schuldig befunden und zu einer Gefängniß von 60 M. oder im Unvermögensfalle zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt.

* Ratibor. Der „Oberichlef. Anz.“ meldet: Am 28. d. M. Nachmittags 3 Uhr kam hier unter heftigem Sturm und Hagregen ein Gewitter zum Ausbruch, welches eine Finsterniß mit sich führte, daß man gezwungen war, die Lampe anzuzünden. Das Unwetter war außerdem von einem Hagelsturm begleitet, welcher uns Stöße von der Größe einer Hagelsturm brachte.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Mainau, 28. August. Sr. K. R. Hohheit der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen ist gestern Abend zum Besuch der großherzoglichen Familie hier eingetroffen.

Lausanne, 28. August. Die Generalversammlung der Actionäre der schweizerischen Westbahn, in welcher 69,000 Actien vertreten waren, hat nach sehr erregter Debatte den Rechnungsbericht pro 1874 genehmigt, dagegen den Bericht über die Geschäftsführung des Aufsichtsrathes verworfen, die Fusionsfrage vertagt und eine Commission von 9 Mitgliedern gewählt, welche die Statuten zu revidiren und die Verhandlungen fortzusetzen hat. Die Mitglieder des bisherigen Verwaltungsrathes legten ihr Amt nieder.

Basel, 28. August. Der Verwaltungsrath der Bern-Jura-Eisenbahn wird, wie den „Baseler Nachrichten“ aus Biel gemeldet wird, für den Fall, daß die dabei interessirten Cantone zu Gunsten der schweizerischen Westbahn interveniren, seine Fusionsanträge zurückziehen.

Haag, 28. August. In der heutigen Sitzung des „Institut de droit international“ wurden die bei der Versammlung in Genf gemachten Vorschläge für die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts mit einigen Modificationen zum Beschluß erhoben.

Konstantinopel, 28. August. Esad Pascha ist zum Minister für öffentliche Arbeiten ernannt worden. Der österreichisch-ungarische Botschafter, Graf Zichy, hatte heute beim Sultan Audienz.

Agusa, 28. August. Nach Berichten von insurgentenfreundlicher Seite ist der Ort Plana und das mit 4 Geschützen armirte Fort Goriansko von den Insurgenten genommen worden. Aus Plana sollen sich angeblich 150 Türken den Insurgenten angeschlossen haben.

Agusa, 29. August. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge sollen circa 1000 serbische Freiwillige unter Jaro die Herzegowina-Grenze überschritten haben. Der türkische Divisionsgeneral Mehmed Ali Pascha, welcher von Sania hier eingetroffen war, um sich zur Uebernahme des Commandos der türkischen Truppen nach Serajewo zu begeben, soll telegraphisch zurückgerufen worden sein.

Nach weiteren Mittheilungen, welche jedoch noch der Bestätigung bedürfen, hätten sich auch in Albanien aufrührerische Bewegungen gezeigt. 2000 Mann türkischer Truppen sind zur Entsehung Trebinjes abgesandt worden.

Shanghai, 28. August. Ueber den Zwischenfall mit dem englischen Gesandten Wade wird aus Peking gemeldet, der Vizekönig Li-Hung-Fang habe Wade, der ihm einen officiellen Besuch abstatten wollte, an der Thüre seines Palastes längere Zeit warten lassen, so, daß Wade sich endlich wieder entfernt habe. Der Vizekönig habe sich nachträglich entschuldigt und glaube man, daß der Vorfall keinerlei weitere Verwickelungen zur Folge haben werde.

New-York, 28. August. Nach hier vorliegenden Nachrichten betragen die Passiva der Bank von Californien gegen 14 Millionen Dollars, die Activa etwa 7—8 Millionen. Der Präsident der Bank, Ralston, hat sich entleibt.

(S. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Agusa, 28. August. Die Rajahs sind entschlossen, der von den Consuln der Großmächte an sie gerichteten Aufforderung, die Feindseligkeiten einzustellen, nicht nachzukommen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 30. August. [Ungekommen: Se. Durchlaucht Fürst v. Saxe-Weitz, freier Standesherr, aus Trachenberg. — Se. Excellenz Graf v. Maltzan, Ober-Gr.-Kammerer v. Schlesien und freier Standesherr aus Müllrich. (Fremdenbl.)

* [Georg von Sachsen.] Wie das „Pegn. Stadtbl.“ erfährt, wird Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg von Sachsen am Manöver in Schlesien und an den Festlichkeiten in Liegnitz theilnehmen.

** [Zur Anwesenheit Sr. Majestät.] Von den Vertretern mehrerer hiesiger Gesangsvereine wurde Sonntag den 29. c. beschloffen, bei Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers Allerhöchstdemselben eine Serenade zu bringen. Zu diesem Zweck hatte sich ein Comité, bestehend aus den Herren: Eichner, Köhler, Otto, Koch, Hannig, Kodahl, Riehl gebildet. Von den vorzutragenden Piecen wurden in Aussicht genommen: 1) „Macte Imperator“ von Lachner, 2) „Das treue deutsche Herz“ von S. Dito, und 3) „Du Schwert an meiner Linken“ von Weber. Die erste Gesangsprobe soll im Pletsch'schen Locale, Gartenstraße, Freitag den 3. September, Abends 8 Uhr, pünktlich stattfinden und sind alle Sänger Breslaus, welche sich für dieses patriotische Unternehmen interessieren, zur Theilnahme an demselben freundlichst eingeladen.

— d. [Beamten-Ressource.] Die am vergangenem Sonntage im Saale der Silesie abgehaltene ordentliche General-Versammlung eröffnete Provinzial-Steuer-Secretär Materne mit der Berichtserstattung über das abgelaufene 6. Rechnungsjahr. Darnach beträgt gegenwärtig die Mitgliederzahl 91, die Zahl der permanenten Gäste 22. Die Gesamtmeinnahme belief sich auf 371 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf., die Gesamtausgabe auf 361 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf. (darunter 271 Thlr. für Saal und Musik), so daß ein Kassenbestand von 10 Thlr. 3 Pf. verbleibt. Die Revisoren haben die Kasse in Ordnung gefunden, so daß dem Vereins Kassirer, Regierungs-Secretär Müller, einstimmig Dankerklärung erteilt werden konnte. Bei der folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Post-Secretär von Douallier, Post-Secretär Frobel, Provinzial-Steuer-Secretär Materne, Regierungs-Secretär Müller, Güterassessor-Gemeinnehmer Nowak, Strafanstalts-Secretär Kabisch, Stadtgerichts-Secretär Nemis, Stadtgerichts-Actuar Lörigge, Regierungs-Secretär Kern, Eisenbahn-Secretär Schneider, Polizei-Secretär Schubert und Lehrer Seidel. Zu Rechnungs- und Kassen-Revisoren wurden gewählt: Appellationsgerichts-Actuar Zimmer und Betriebs-Secretär Wuffe. Als Vereinslocal für das kommende Vereinsjahr wurde wiederum das Hotel de Silesie gewählt. Zum Schluss der Versammlung erfolgte eine Besprechung innerer Vereins-Angelegenheiten.

* Grünberg, 28. August. [Zur Tages-Chronik.] Die Trauben gehen nun auch mit Macht ihrer Reife entgegen; die letzten Arbeiten vor der Lese, das dritte Behaden und Verhauen der überflüssig langen Ranken sind gethan. — Die Sedanfeier wird hier in herkömmlicher solenner Weise gefeiert werden, durch Kirchgang, Schulfest, Festessen, Herbschischen der Schängengilde etc. — Aus unserer Musikwelt reiten uns zuweilen Militär-Capellen, so am vergangenem Sonntag die der 58er, am Mittwoch diejenige der Gölz'schen Kaiserjäger, welche aus ihrem Cantonement-Quartier Neustädtel herübergekommen waren; trotz der für hier hohen Entrees von 50 Pf. sind diese Concerte immer recht besucht. — Am Montag will die Sorauer Stadt-Capelle hier concurren, deren Dirigent nach hier überzusiedeln gedenkt, wenn ihm einige Avancen geboten werden.

* Neumarkt, 28. August. [Cinquantarierung.] Vom 9. bis 26. d. M. wurde unser Städtchen von einem ganz ungewohnten regem Leben übermegt. Wir hatten nehmlich gegen 1000 Mann Cinquantarierung verschiedener Truppengattungen und fast allabendlich spielte die Regimentsmusik des 38. Regiments auf einem unserer Marktplätze. Künftigen Montag erhalten wir nochmals auf einer Tage die doppelte Anzahl, so daß ein gewöhnlich Bürgerhaus auf 6 bis 10 Mann Cinquantarierung sich einzurichten hat. Leider sind die guten Quartiere, durch welche dem Soldaten die gewiß schwere Pflicht, die er dem Vaterlande zur Zeit noch zu leisten hat, durch ein freundliches Gegenentkommen und gute Bewirthung erleichtert würde, noch nicht ganz allgemein. Am meisten haben uns in dieser Beziehung ein Theil der einjährig Freiwilligen leid gethan, weil sie ein schlechtes Quartier am wenigsten gewohnt sind. So waren beispielsweise in ein solches Fünf derselben gelegt worden. Die Quartiermacher entschuldigten dies damit, daß sie gemeint: die Freiwilligen würden sich wohl bessere Wohnung suchen. Unter solchen Umständen sind aber bessere Wohnungen schwer zu finden. In diesem Falle mußten die genannten Fünf für ein nur wenig besseres Quartier in einem Gasthose gehörig zahlen.

— t. Saarau, 28. August. [Feuer.] Gestern Abend in der 11. Stunde brach auf einem, dem Rittersgutsbesitzer Herrn Dr. Paul v. Kulmiz gebörenden Gebäude in dem benachbarten Dorfe Conradswaldau Feuer aus. In kurzer Zeit waren zwei von Arbeiterfamilien bewohnte Häuser bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Bei der sehr mangelhaften Löschhilfe vom Orte selbst und der schnellen Ausbreitung des Feuers konnte nur äußerst wenig gerettet werden. Die später ankommende Saarauer Feuerwehr, sowie die Besatzmannschaften von Zugrammsdorf konnten sich bloß darauf beschränken, das Umherschleichen des Feuers zu verhindern, was bei der völligen Windstille auch gelang.

*) Ganz einverstanden, wir ersuchen aber den Herrn Correspondenten, unter jede Mittheilung seinen Namen zu zeichnen.

* Königsbütte, 27. August. [Schulzustände.] Laut Verfügung des Kreis-Schulinspektorats sind die Hauptlehrer dahin instruirte, daß der Nachmittags-Unterricht, welcher von 2—4 Uhr erteilt wird, bei 23° M. um 3 Uhr geschlossen werden soll. Gestern hatte Lehrer D. in der Klasse Vlb, welche den ganzen Tag der Sonne ausgesetzt ist, den Nachmittags-Unterricht zu erteilen. Als er nun in dieses Zimmer, welches 43,7° C. groß ist und von 100—123 Kindern besucht wird (nach Abzug des Raumes zum Aufstellen der Schultische kommen auf ein Kind 0,230 Q.-M. Raum), hineintrat, um den Unterricht, welchen Lehrer S. von 2—3 Uhr bei 26° M. erttheilt hatte, bis 4 Uhr fortzusetzen, war Lehrer D. genöthigt, sofort das Local zu verlassen, da er von Uebelkeit überfallen wurde. Alles muß aber durch den Hauptlehrer geschehen, und so konnte selbstverständlich auch nicht Lehrer D. auf eigene Faust die Kinder nach Hause schicken. D. sandte daher zu dem Hauptlehrer, welcher auch kam, aber schleunigst sich rückwärts concentrirte, so, wie er selbst sagte, es hier nicht zum Aushalten sei. Anstatt nun von der Verfügung des Kreis-Schulinspektorats — betreffend Schließung des Unterrichts bei 23° M. — Gebrauch zu machen, und die armen Kinder, welche über und über mit Schweiß bedeckt waren, nach Hause zu schicken, befahl Hauptlehrer S. die Kinder noch fünf Minuten ins Freie zu lassen und dann den Unterricht fortzusetzen. Lehrer D. that dies; die Luft aber wollte trotz offenen Fenstern und Thüren nicht zur Abkühlung gelangen und der Thermometer zeigte immer 25° M. W. Nach der halben Stunde sah sich, daß 24 Mädchen an den Lehrern mit Weinen heranzogen und über Kopfschmerzen klagten, derselbe genöthigt, selbst Hauptlehrer zu spielen und entließ, nachdem er drei Zeugen hinzugezogen, welche die Temperatur überzeugeten, um 3½ Uhr die Kinder nach Hause. Der Herr Kreis-Schulinspektor S. selbst die Ueberzeugung gewonnen, daß die Revision eines Klassenlocals am 10. Uhr schon 24° Wärme im Zimmer waren. — Giebt es denn kein Mittel, dem Uebelstande abzuhelfen, und die Gesundheit der Kinder und des Lehrers zu erhalten?

* Zarnowitz, 28. August. [Verschiedenes.] Die Pflasterung des Bahnhofes der Bahnpoststraße vom Hotel Sadowa bis zur Böhm'schen

